

23.08.85

Wi

Antrag

der Freien und Hansestadt Hamburg

EntschlieBung des Bundesrates zur Sicherung einer
leistungsfähigen inländischen Mineralölverarbeitung

DER BEVOLLMÄCHTIGTE
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
BEIM BUND

Hamburg, den 22. August 1985

An den
Herrn Präsidenten des Bundesrates

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat beschlossen, dem
Bundesrat den in der Anlage beigefügten Antrag für eine

EntschlieBung des Bundesrates zur Sicherung einer
leistungsfähigen inländischen Mineralölverarbeitung

zuzuleiten.

Ich bitte, die Vorlage gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung des
Bundesrates den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen;
dabei sollte die Beratung in der Sitzung des Bundesrates am
27. September 1985 angestrebt werden.

Mit freundlichen Grüßen



(Alfons Pawelczyk)

Entscheidung des Bundesrates zur Sicherung einer
leistungsfähigen inländischen Mineralölverarbeitung

- 1) Der Bundesrat betrachtet mit großer Sorge, daß die internationalen Ölkonzerne ihre Raffineriekapazitäten verstärkt in der Bundesrepublik abbauen.

Durch die in der jüngsten Vergangenheit realisierten bzw. angekündigten Stilllegungen wird die Bundesrepublik als einziger EG-Staat mit traditionell bedeutender Mineralölverarbeitung künftig nicht mehr in der Lage sein, den inländischen Bedarf an Mineralölprodukten auch nur annähernd aus eigener Erzeugung zu decken.

Die Bundesrepublik ist hiermit Vorreiter und Hauptleidtragender des strukturellen Anpassungsprozesses der Mineralölindustrie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

- 2) Der Bundesrat mißt dem Erhalt qualitativ leistungsfähiger und quantitativ ausreichender Mineralölverarbeitungskapazitäten aus Gründen der Sicherheit der Energieversorgung, der Rohstoffversorgungssicherheit der - insbesondere chemischen - Industrie wie auch unter Beschäftigungsaspekten eine volkswirtschaftlich hohe Bedeutung bei. Der Bundesrat hält die deutsche Mineralölindustrie für fähig, sich im freien Wettbewerb gegen die internationale Konkurrenz behaupten zu können, stellt aber zugleich fest, daß Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft - insbesondere hinsichtlich des freien Marktzugangs und der nationalen Umweltauflagen - vor allem die deutsche Mineralölverarbeitung belasten.
- 3) Der Bundesrat begrüßt die bisherigen, auf den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG-Ölmärkte gerichteten Bemühungen der Bundesregierung. Er erhofft von der auf Drängen der Bundesregierung durch die EG-Kommission zugesagten vergleichenden Betrachtung über Art und Auswirkungen unterschiedlicher nationaler Umweltauflagen für die europäische Mineralölindustrie brauchbare Ergebnisse. Der Bundesrat appelliert an die Bundesregierung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit das Problem des national unausgewogenen Kapazitätsabbaus in der Europäischen Mineralölverarbeitung unverzüglich und entschieden behandelt wird.

- 2 -

- 4) Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, wie der aus Gründen der nationalen Versorgungssicherheit unverzichtbare Erhalt einer leistungsfähigen inländischen Mineralölindustrie gesichert werden soll. Ohne den Ergebnissen eines solchen Konzeptes vorzugreifen zu wollen, hält es der Bundesrat für erforderlich, daß sich die Bundesregierung unverzüglich in Brüssel für folgende Forderungen einsetzt:
- a) Erarbeitung eines national ausgewogenen, die jeweiligen Inlandsverbräuche und die traditionellen Handelsströme gleichermaßen berücksichtigenden Raffinerieanpassungskonzeptes durch die EG-Kommission in Kooperation mit der europäischen Mineralölwirtschaft;
 - b) Festlegung eines verbindlichen Fahrplanes, innerhalb dessen die nationalen Maßnahmen zum Schutze der inländischen Mineralölverarbeitung in den betroffenen EG-Ländern abgebaut werden.
 - c) Erweiterung des Auftrages an die EG-Kommission dahingehend, daß der Bericht über die Auswirkungen unterschiedlicher nationaler Umweltauflagen für die Mineralölindustrie um konkrete Vorschläge zur Harmonisierung der Bestimmungen ergänzt wird.
- 5) Darüber hinaus fordert der Bundesrat, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wie im Falle unzureichender Fortschritte beim Abbau von Wettbewerbsverzerrungen auf den EG-Ölmärkten der Erhalt einer leistungsfähigen inländischen Mineralölverarbeitung gesichert werden kann.

E n t s c h l i e ß u n g

des

Bundesrates

zur

Sicherung einer leistungsfähigen inländischen
Mineralölverarbeitung

1. Der Bundesrat betrachtet mit großer Sorge den verstärkten Abbau von Raffineriekapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der in jüngster Zeit durchgeführten bzw. angekündigten Raffineriestillegungen besteht die Gefahr, daß die Bundesrepublik Deutschland als einziger EG-Staat mit traditionell bedeutsamer Mineralölverarbeitung den inländischen Bedarf an Mineralölprodukten nicht mehr überwiegend aus eigener Verarbeitung decken können und zunehmend von Produktenimporten abhängig wird.

Nach Auffassung des Bundesrates muß vermieden werden, daß die deutsche Mineralölwirtschaft bei den notwendigen Strukturanpassungsmaßnahmen einseitig Anpassungslasten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu tragen hat.

2. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme vom 14. Juni 1985 zur "Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über die Situation der Raffinerieindustrie und die Auswirkungen der Lieferungen von Erdölprodukten aus Drittländern" - Drucksache 155/85 (Beschluß) - nachdrücklich betont, daß die inländische Rohölverarbeitung auch künftig das Rückgrat der Versorgung bilden muß. Er mißt deshalb einer ausreichenden und leistungsfähigen Mineralölverarbeitungskapazität aus Gründen der Sicherheit der Energieversorgung, der Rohstoffversorgungssicherheit der - insbesondere chemischen - Industrie wie auch unter Beschäftigungsaspekten eine volkswirtschaftlich hohe Bedeutung bei. Der Bundesrat hält die deutsche Mineralölindustrie für fähig, sich im freien Wettbewerb gegen die internationale Konkurrenz behaupten zu können, stellt aber zugleich fest, daß Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft - insbesondere hinsichtlich des freien Marktzugangs und der nationalen Umweltauflagen - vor allem die deutsche Mineralölverarbeitung belasten.
3. Der Bundesrat begrüßt die bisherigen, auf den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG-Ölmärkte gerichteten Bemühungen der Bundesregierung. Er erhofft von der auf Drängen der Bundesregierung durch die EG-Kommission zugesagten vergleichenden Analyse über Art und Auswirkungen unterschiedlicher nationaler Umweltauflagen auf die europäische Mineralölindustrie politisch verwertbare Ansatzpunkte. Der Bundesrat appelliert an die Bundesregierung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit das Problem des national unausgewogenen Kapazitätsabbaus in der europäischen Mineralölverarbeitung unverzüglich einer Lösung näher gebracht wird.

C

4. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, eine Strategie zu entwickeln, wie die aus Gründen der nationalen Versorgungssicherheit unverzichtbare Leistungsfähigkeit der inländischen Mineralölindustrie gesichert werden soll. Ohne den Ergebnissen einer solchen Strategie vorgreifen zu wollen, hält es der Bundesrat für erforderlich, daß sich die Bundesregierung unverzüglich auf EG-Ebene für folgende Forderungen einsetzt:
 - a) Hinwirken auf eine ausgewogene Verteilung des noch notwendigen Abbaus von Destillationskapazitäten auf alle Mitgliedstaaten im Sinne einer gerechten Lastenverteilung unter Einsatz marktgerechter Mittel und in Kooperation mit der Mineralölwirtschaft;
 - b) Festlegung eines verbindlichen Fahrplanes, innerhalb dessen die nationalen Maßnahmen zum Schutze der inländischen Mineralölverarbeitung in den betroffenen EG-Mitgliedstaaten abgebaut werden;
 - c) Erweiterung des Auftrages an die EG-Kommission dahingehend, daß - jeweils so schnell wie möglich - zunächst der Bericht über die Auswirkungen unterschiedlicher nationaler Umweltauflagen für die Mineralölindustrie und dann konkrete Vorschläge zur Harmonisierung der Bestimmungen vorgelegt werden.
5. Darüber hinaus bittet der Bundesrat die Bundesregierung, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wie im Falle unzureichender Fortschritte beim Abbau von Wettbewerbsverzerrungen auf den EG-Ölmärkten eine leistungsfähige inländische Mineralölverarbeitung gesichert werden kann.

27.09.85

-4-

Beschluß

des Bundesrates

zur

Entschließung des Bundesrates zur Sicherung einer leistungs-
fähigen inländischen Mineralölverarbeitung

Der Bundesrat hat in seiner 554. Sitzung am 27. September
/ 1985 die aus der Anlage ersichtliche Entschließung
gefaßt.